

Der sächsische Erzähler,

Wochenblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt der Kgl. Amtshauptmannschaft, der Kgl. Schulinspektion u. des Kgl. Hauptsteueramtes zu Bautzen, sowie des Kgl. Amtsgerichts und des Stadtrathes zu Bischofswerda.

Diese Zeitschrift erscheint wöchentlich zwei Mal, **Mittwoch** und **Sonntags**, und kostet einschließlich der Sonntagsbeilage **vierteljährlich 1 Mark 50 Pf.** Einzelne Nummer 10 Pf.

Bestellungen werden bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, für Bischofswerda und Umgegend in der Expedition dieses Blattes angenommen. **Schreibweise: Sächsisches Jahrgang.**

Inserate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis Dienstag und Freitag früh 9 Uhr angenommen und kostet die dreispaltige Corpusspalte 10 Pf., unter „Eingelant“ 20 Pf. Geringster Inseratenbetrag 25 Pf.

Bekanntmachung.

Wegen Reinigung der Amtsräume können **Montag, den 26., und Dienstag, den 27. dieses Monats,** bei der unterzeichneten Behörde **nur dringliche Angelegenheiten** erledigt werden.
Bautzen, den 17. Oktober 1891.
Die Königl. Amtshauptmannschaft.

von Vogberg.

Sgr.

Dienstag, den 27. Oktober 1891, von 9 Uhr Vormittags an,

Versteigerung von 1 Raummeter **eisernen Brennschichten**, 3 Raummetern **eichenen**, 1 Raummeter **eisernen Brennschichten**, 50 Wellen **eichenen** und 50 Wellen **eisernen Brennschichten** im sogenannten Hölle Revier. Versammlung: Gasthof zum Löwen hier.
Stadtrath Bischofswerda, den 20. October 1891.

Einj.

Bekanntmachung.

Das Königl. Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts hat beschlossen, die mittels Generalverordnung vom 31. Mai 1883 für Volksschulen bestimmte Zensurskala mit der für Gymnasien, Realschulen und Seminare vorgeschriebenen in völlige Uebereinstimmung zu bringen. Es sind daher fortan auch in den Volksschulen die Zensuren für Fleiß, Fortschritte und sittliches Betragen nach folgenden Abstufungen zu erteilen:

sehr gut (I, Ib), gut (IIa, II, IIb), genügend (IIIa, III, IIIb), wenig genügend (IV), ganz ungenügend (V).
Darnach wollen sich die Herren Lehrer des hiesigen Inspektionsbezirks richten.
Bautzen, den 17. Oktober 1891.

Der Königl. Bezirksschulinspektor.
Schulrat Dr. Wild.

B.

Politische Weltschau.

Der Kaiser und die Kaiserin trafen am Sonnabend Abend von dem mehrtägigen Aufenthalte in Schloß Hubertusstock im besten Wohlbefinden im Neuen Palais bei Potsdam ein. Am Sonntag, als dem 60. Geburtstage des hochseligen Kaisers Friedrichs, wohnten die kaiserlichen Majestäten nebst den übrigen zur Zeit in Berlin und Potsdam anwesenden fürstlichen Herrschaften der feierlichen Einweihung des Mausoleums der Friedenskirche zu Potsdam bei.

Von den Vorlagen für die nächste Reichstagsession ist es noch ziemlich still, wenigstens ist die Zahl der schon fertigen Entwürfe eine noch recht geringe. Die aus der Sommeression in die Winteression mit hinübergebrachte Novelle zum Trunkfuchtsgeetze, der Entwurf des neuen Abänderung von Bestimmungen des Betriebsreglements für die Eisenbahnen Deutschlands und die Vorlage, betreffend die Einführung eines neuen Papierses für die Quittungskarten der Alters- und Invaliditätsversicherung — das dürfte neben einigen kleineren Sachen Alles sein, was zur Zeit an Material für die Reichstagsarbeiten vorhanden ist. Der neue Reichsetat dagegen scheint noch in keinem einzigen seiner Theile fertig zu sein und was die angekündigten Reichsgeetze über den Verkehr mit Wein und mit Olfiten anbelangt, so sind noch nicht einmal die Vorarbeiten hierüber zum Abschlusse gelangt. Hauptsächlich die Rücksicht auf den noch unfertigen Etat soll den Präsidenten Herrn v. Levetzow zu dem Entschlusse bestimmt haben, den Reichstag erst auf den 17. November einzuberufen, obwohl dessen Sommervertagung bekanntlich am 10. November endet. Immerhin könnte das Haus die dazwischen liegende Woche zur ersten Berathung des Trunkfuchtsgeetzes und der vorhandenen kleineren Entwürfe verwenden und es bleibt daher bedauerlich, daß durch die signalisirte Einberufung des Reichstages auf den 17. November demselben eine volle Woche verloren geht.

Die bisherigen Verhandlungen des sozialdemokratischen Parteitages in Erfurt beweisen, daß der Opposition in der Partei unter allen Umständen der Vorrang gemacht werden soll. Die Führer der Opposition scheinen indessen vor der offiziellen Parteileitung nicht zu Kreuze kriechen zu wollen, wie das Auftreten der Herren Auerbach, Werner, Dr. Luz und Wildberger in der Freitagssitzung des Kongresses be-

kundet. Wildberger erklärte z. B., die Anhänger der Partei seien völlig bereit, aus der Partei auszuscheiden, welcher Schritt die Spaltung in der deutschen Sozialdemokratie natürlich zu einer endgültigen machen würde. Ob es die alten Führer der Partei wirklich zu diesem Neuesten kommen lassen werden, bleibt indessen doch noch abzuwarten.

Die „Köln. Volksztg.“ meldet, Kommerzienrath Baare in Bochum beabsichtige, die Leitung des Bochumer Gußstahl-Vereins niederzulegen. Sollte Herr Baare wirklich diesen Schritt ausführen, so würde derselbe wohl mit den Angriffen und Anklagen des Redakteurs Fusangel gegen den genannten Verein in Zusammenhang zu bringen sein.

Aus Berlin wird das Ableben eines der hervorragendsten Beamten des Reichspostamtes, des Geh. Hofraths Oberpostdirektors Sachse, gemeldet.

Die von Deutschland auch mit Belgien eingeleiteten und in Brüssel geführten Handelsvertragsunterhandlungen werden sehr eifrig betrieben. Die Verhandlungen werden zugleich von den belgischen Ministerien der Finanzen, des Ackerbaues und des Auswärtigen geleitet. Im Gegensatz zu dem deutsch-belgischen Weisbegünstigungsvertrage von 1865, welcher nur einen kurzen, auf Eisen, Stahl, Kohle und andere einzelne Artikel bezüglichen Tarif enthielt, wird der neue Vertrag einen ausführlichen auf alle Artikel bezüglichen Tarif enthalten. Es ist nicht unmöglich, daß der deutsch-belgische Handelsvertrag noch eher zu Stande kommt, als der deutsch-österreichisch-italienische Handelsvertrag, obgleich die Münchener Verhandlungen nun bereits fast zwei Monate dauern.

Während der Urheber des Eisenbahnattentats von Rosenthal, durch welches die Reise des Kaisers Franz Joseph von Prag nach Reichenberg verhindert werden sollte, noch immer nicht entdeckt ist, kommt aus Reichenberg eine neue unheimliche Meldung. Ihr zufolge ist unter einer Brücke im Reichenberger Stadtgebiet eine Kiste aus Eisenblech aufgefunden worden, welche Dynamit in losen Stücken und in Patronen, Schwarzpulver, Zündschnüre und eine als Bombe hergerichtete Weißblechbüchse mit Dynamit geladen und mit einer Zündschnüre nebst Feuerschwamm montirt, enthielt. Die Beschaffenheit der Sprengstoffe und ihre Einhüllung deuten auf längere Verwahrung hin und glaubt man, daß sie erst infolge der vielen in Reichenberg in

jüngster Zeit vorgenommenen Hausdurchsuchungen an ihren jetzigen Fundort gebracht worden sind. Jedenfalls hat die Kiste mit ihrem gefährlichen Inhalt irgend einem verbrecherischen Zweck dienen sollen; ob derselbe mit dem Attentat von Rosenthal in Zusammenhang zu bringen ist, dürfte sich freilich schwer nachweisen lassen.

Daß die Mahnworte des Kaisers Franz Josef in Prag auf die Tschechen gar keinen Eindruck gemacht, zeigt jetzt die Spaltung der tschechischen Abgeordneten im österreichischen Parlament. Sie beschwerten sich sogar über die Prager Polizei, welche den tschechischen Ausschreitungen gegen die Deutschen steuerte. Diese Leute sind eben unverbesserlich. Im Uebrigen liegt weder aus dem ungarischen Reichstage, noch aus dem österreichischen Abgeordnetenhaus etwas von größerem Interesse vor. — Graf Alex. Hartenau (Fürst Battenberg) ist zum Commandanten des 27. Infanterie-Regiments ernannt. Der Graf steht bekanntlich seit mehreren Jahren in österreichischen Diensten. — Die österreichische und italienische Regierung haben in Konstantinopel gemeinsam erklärt, daß Aenderungen im Dardanellen-Vertrage nur unter Zustimmung aller europäischen Staaten vorgenommen werden können.

In Frankreich kommt ein „Kulturkampf“ in Sicht. Die monarchistisch gesinnten Bischöfe wollen die Regierungsverfügung, wonach künftig kein französischer Prälat seine Diözese ohne vorherige Erlaubniß der Regierung verlassen darf, nicht anerkennen, und haben gegen diese Verordnung protestirt. Das Ministerium Freycinet-Constans ist indessen entschlossen, ihre Verfügung strikt durchzuführen und denjenigen Bischöfen, welche dagegen opponiren, eventuell das Gehalt zu sperren. Außerdem beschloß das Ministerium, diejenigen Bischöfe, welche das auf die genannte Verordnung bezügliche Rundschreiben des Kultusministers in ungebührlicher Weise beantwortet haben, zur Rechenschaft zu ziehen. Auf den Ausgang dieser sich bergestalt in seinen ersten Umrissen zeigenden kirchenpolitischen Kampfes jenseits der Vogesen darf man immerhin gespannt sein.

Die französische Deputirtenkammer, die am Donnerstag wieder zusammengetreten ist, hat am Montag die Berathung des Budgets begonnen. Man rechnet im Ganzen auf eine ruhige Session. — Das Verbot der französischen Regierung an die Bischöfe, angesichts des bekannten Zwischenfalles in Rom weitere Pilgerfahrten dorthin zu organisiren, scheint einen ernstern Konflikt herbeizuführen.